

Bericht

**des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung**

**zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksachen 17/11466, 17/11890 –**

**Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte
bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe
gegen die USA auf Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen
und des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolutionen 1368 (2001)
und 1373 (2001) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen**

**Bericht der Abgeordneten Norbert Barthle, Klaus Brandner, Dr. h. c. Jürgen Koppelin,
Michael Leutert und Priska Hinz (Herborn)**

Mit dem Antrag bittet die Bundesregierung den Deutschen Bundestag, der von der Bundesregierung am 14. November 2012 beschlossenen Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf die terroristischen Angriffe gegen die USA im Rahmen der NATO geführten Operation Active Endeavour über den 31. Dezember 2012 hinaus bis zum 31. Dezember 2013 zuzustimmen.

Die Fortsetzung soll auf Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen, des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen in Wahrnehmung des Rechts zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung im Rahmen und nach den Regeln eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit im Sinne des Artikels 24 Absatz 2 des Grundgesetzes erfolgen.

Es sollen bis zu 700 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden.

Die einsatzbedingten Zusatzausgaben für die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Operation Active Endeavour mit bis zu 700 Soldatinnen und Soldaten werden für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2013 insgesamt rund 6,7 Mio. Euro betragen. Für diese Ausgaben ist im Einzelplan 14 des Bundeshaushalts 2013 Vorsorge getroffen.

Der Haushaltsausschuss hält den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Auswärtigen Ausschuss vorgelegten Beschlussempfehlung.

Berlin, den 12. Dezember 2012

Der Haushaltsausschuss

Petra Merkel (Berlin)
Vorsitzende

Norbert Barthle
Berichterstatter

Klaus Brandner
Berichterstatter

Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Berichterstatter

Michael Leutert
Berichterstatter

Priska Hinz (Herborn)
Berichterstatlerin